

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Preis: 20 Pf. pro Stück. Abonnement: 2 RM. im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,40 RM. Einmalige Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile. Wiederholungen: 5 Pf. pro Zeile. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Wilsdruff, den 10. November 1927

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 262. — 86. Jahrgang. — 1. Blatt. — Wilsdruff, Dresden. — Donnerstag, den 10. November 1927

Feindliche Schwestern.

Sie lieben sich wirklich nicht mehr, die beiden „lateinischen Schwestern“, die sich doch schon vor dem Weltkrieg gefunden hatten, um gemeinsam auf Venedig auszugehen. Die Schwestern konnte man auch nach den Kriegen auf manchen feierlichen Plätzen sehen, das Italien und Frankreich Arm in Arm geeint darstellte. Damit ist's vorbei, seit Mussolini eine nur auf italienische Interessen wahrnehmung gerichtete Politik treibt. Im westlichen Mittelmeer wollte man sich die französische Hegemonie nicht gefallen lassen und im östlichen schielte man nach Kleinasien's Küsten. Und nun kommt die Kunde, daß zwischen Frankreich und Jugoslawien ein überaus enges Bündnis geschlossen wird, dazu noch in betont feierlicher Form. Mit militärischen Klauseln und Schiedsgerichtsbestimmungen. Also: so intim wie nur möglich. Und — so überflüssig wie möglich, da man ja auch schon vorher ein Herz und eine Seele war. Aber — die römische Zeitung, die das meldete, wurde, obwohl sie amtliches Organ ist, sofort „beschlagnahmt“ — dieses Bündnis sei ein ganz gerechtes und ausschließlich gegen gewisse Dritte gerichtet. Also: gegen Italien, darüber gibt man sich in Rom keinerlei Illusionen hin.

Wenn man böshafte sein will, so kann man den betont feierlichen Abschluß dieses Bündnisses als eine französische Antwort auf die Tanagerdemonstration betrachten, die Italien vor einer Woche veranstaltete. Mussolini bekommt außenpolitisch die Arme nicht frei; denn nun wird Jugoslawien, mit Frankreich hinter sich, vor allem in der albanischen Frage, diesem „Brennpunkt“ der widerstreitenden Interessen, etwas lautere Töne riskieren können. Dem Italien ist ziemlich in der Gänge; sein einziger „Bundesgenosse“ auf dem Balkan, nämlich Rumänien, ist aus Gründen innerer Zwistigkeiten zurzeit neutralisiert, Griechenland und die Tschechoslowakei aber unter französischem Einfluß eng miteinander verbunden.

Das Ganze ist ein großer Erfolg Frankreichs, das damit seinen Einfluß auf dem Balkan befestigt, fast unerschütterlich gemacht hat. Es ist seltsam, daß England, das doch seit unendlicher Zeit gerade den Südosten Europas als wichtiges Interessengebiet betrachtet hat, dort jetzt eigentlich völlig ausgeschaltet ist. Diplomatische Ungeschicklichkeiten wie das Schicksal Lord Rothmeres laten dabei den Rest. Natürlich wird man in Paris und in Belgrad jetzt liebliche Schmalweintlieder blasen, wie außerordentlich dieses neue Bündnis dazu beitragen wird, den Frieden Europas zu bewahren. Das tun sie ja immer und laten sie immer, wurden und werden als Friedensschützer so lange ausgegeben, bis der — Krieg da ist. Es wäre vielleicht ein guter Witz, dieses Bündnis als ein „Balkan-Locarno“ zu bezeichnen. Nur will die italienische Presse wissen, das französische Auswärtige Amt habe nach Rom eine scharfe Mahnung gerichtet: Die Gebuld Frankreichs, das so lange Rücksicht auf die gespannten italienisch-jugoslawischen Beziehungen genommen habe, sei an ihrem Ende angelangt und man hoffe, daß Italien nunmehr seine übertriebenen Forderungen im mittleren und im östlichen Mittelmeer herabsetze. Das klingt deutlich und ist auch durchaus nicht unwahrscheinlich.

Es geht also wieder einmal recht lebhaft zu im Getriebe der europäischen Außenpolitik; die Linien schneiden sich in bisweilen recht unerfreulicher Weise. Und bezeichnend ist es, daß das Mittelmeer den Schnittpunkt dabei abgibt. Das ist auch eine Folge des Weltkrieges, der das Schwergewicht aus der Nordsee dorthin vertrieb, wo jetzt die Bündnisse und Gegenbündnisse aufeinanderstoßen oder nebeneinander hergehen.

Bildung eines Reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung.

Berlin, 9. November. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett stimmte in seiner heutigen Sitzung dem vom Reichsminister der Finanzen bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuss soll unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen, entsprechend dem interministeriellen handelspolitischen Ausschuss aus Vertretern der für die Reparationspolitik im einzelnen zustehenden Ministerien gebildet und mit der Aufgabe der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

Begrenzung der Reparationspflicht.

Englische Stimmen.

Der Wirtschaftsfachverständige Sir Josiah Stamp, der seinerzeit dem Dawes-Ausschuss angehört hat, erklärte in einer Rede in Manchester:

Der Zeitpunkt rückt schnell heran, wo man darüber entscheiden muß, was man von Deutschland an Reparationen sowie Zinsen verlangen will, die nur in Gütern gezahlt werden können. Amerika muß eine maßgebende Rolle bei der Entscheidung spielen. Es ist un-

Bündnisvertrag Belgrad-Paris

Die französisch-jugoslawische Freundschaft.

Das verkommene Italien.

In Paris wird in diesen Tagen ein wichtiger politischer Akt vollzogen werden, nämlich die Unterzeichnung eines Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Jugoslawien. Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch hat sich bereits nach Paris begeben, nachdem er vorher vom jugoslawischen König in Audienz empfangen worden ist. Nach dem Empfang gab der Außenminister Pressevertretern gegenüber über den Vertrag eine dahin gehende Erklärung ab, daß dieses Abkommen einen Zustand festlegen soll, der bereits während des Weltkrieges geschaffen worden ist. Frankreich und Jugoslawien hätten sich auch ohne schriftlichen Vertrag immer als Verbündete betrachtet. Damit die ganze Welt und auch das südslawische Volk wisse, woran man sei, wolle man jetzt das tatsächliche Verbündetenverhältnis auch rechtlich feststellen.

Der Vertrag wird, wie ein Belgrader Blatt mitzuteilen weiß, neun Punkte umfassen. Beide Staaten verpflichten sich, sich gegenseitig nicht zu überfallen, keine Invasion auszuführen und sich auf keinen Fall gegenseitig zu verletzen. Eine Ausnahme machen die Aktionen des Völkerbundes und gewalttätige Verletzung des Freundschaftspaktes seitens eines Vertragspartners. Beide Staaten verpflichten sich, alle Streitigkeiten friedlich auf diplomatischem oder dem Schiedsgerichtsweg zu lösen. Falls eine Vertragsseite von dritter Seite überfallen wird, werden sich beide Staaten unverzüglich über eine Aktion verständigen, die beide Staaten innerhalb des Bereiches des Völkerbundes zur Verteidigung ihrer legitimen Interessen und der Friedensverträge zu unternehmen hätten. Beide Staaten werden sich ferne verständigen, falls eine Änderung oder der Versuch einer Änderung des heutigen europäischen Zustandes beabsichtigt ist, und überhaupt Gedankenanstausch

möglich, unbegrenzte Zeit mit Teilsdungen fortzuführen, wie dies gegenwärtig geschieht. Solche Methoden können eine Weile betrieben werden, müssen aber schließlich versagen. Diese Tatsache würde keine große Wichtigkeit haben, wenn nicht der schließliche Zusammenbruch auch politische Folgen haben würde.

Das Blatt „Financial Times“ unterführt diese Bemerkungen in einem Leitartikel und sagt: Der Tag der Abrechnung kann ausgeschrieben werden, aber, ob die Periode kurz oder lang ist, sie kann nicht endlos fort-dauern, wenn es überhaupt einen erfolgreichen Reparationsplan geben soll.

mit vollen Segeln auf eine Regierungskrise zu steuern. In den letzten Ausschüßungen des Reichstages habe man gesagt, es werde nichts helfen, der Reichstag werde in den nächsten Wochen oder Monaten aufgelöst werden. Deutschland habe aber allen Grund, nicht vorzeitig Wahlen herauszubeschwören; denn das Jahr 1928 sei ein Wahljahr, in dem auch England und Frankreich ihre Parlamente und die Vereinigten Staaten ihren Präsidenten wählen. Man solle zunächst den Ausgang dieser Wahlen abwarten und sich danach richten. Der Redner warnte davor, auf die Staatsvereinfachung allzu große finanzielle Erwartungen zu setzen. Am allerwenigsten würde durch die Vereinfachung eingespart werden, im höchsten Falle jährlich eine halbe Million Mark. Trotzdem sehe die Gefahr des Einheitsstaates vor der Tür. Brächte der nächste Reichstag eine Einheitsregierung, so werde der Einheitsstaat in drei Jahren verfassungsmäßige Wirksamkeit sein.

Genfer Handelsabkommen unterzeichnet.

Schluß der Handelskonferenz.

Dienstag hielt die Diplomatische Handelskonferenz ihre letzte Sitzung ab und wurde dann geschlossen. In dieser Sitzung fand die Unterzeichnung des geschlossenen Abkommens statt. Es unterzeichneten allerdings nur 18 Staaten, obwohl 35 vertreten waren. Ihre Unter-schrift leisteten Deutschland, Österreich, Belgien, Großbritannien, Bulgarien, Dänemark, Ägypten, Finnland, Frankreich, Ungarn, Italien, Japan, Luxemburg, Holland, Rumänien, Siam, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Die übrigen 17 unterzeichneten nicht. Von den 35 Völkerbundstaaten waren 32 (dazu drei Nichtmitglieder) vertreten und 17 (dazu das Nichtmitglied Ägypten) haben unterschrieben. 15 anwesende Völkerbundmitglieder unterschrieben nicht und 23 Völkerbundstaaten waren nicht erschienen. Rußland hatte das Erscheinen abgelehnt, Spanien war nicht anwesend, Jugoslawien und Polen unterschrieben nicht. Mehrere außer-europäische Rohstoffproduzenten fehlten oder unterschrieben nicht, wie Australien und Chile.

Mit dem Abkommen sollen die Anregungen der Weltwirtschaftskonferenz ihrer Verwirklichung nähergeführt werden. Die Unterzeichnung stellt den gemeinsamen Willen einer großen Anzahl von Staaten zur gemeinsamen Regelung von Fragen des internationalen Handels dar. Von deutscher Seite wird der Ausgang der Konferenz als ein Erfolg bezeichnet.

„Vor schweren Entscheidungen.“

Warnungen des Reichsministers a. D. Emminger.

Reichstagsabgeordneter Emminger, der frühere Reichsjustizminister, sprach in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Immenstadt über das Thema: „Vor schweren Entscheidungen“. Er führte aus, daß man

in untern europäischen Kräfte streben und sich gegenseitig Mitteilungen über Abkommen mit dritten Staaten machen. Es heißt dann weiter, der Vatik, der seine Rechte des Völkerbundes verleihe und dem europäischen Frieden diene, werde vom Völkerbund registriert und sei zu ratifizieren.

In der Öffentlichkeit Frankreichs und Jugoslawiens beurteilt man den Abschluß des Vertrages wohlwollend. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß der Vertrag keinerlei aggressive Absichten gegen jemanden habe. Dagegen ist man in der Presse Italiens, gegen das ja insbesondere die Abmachungen zwischen Belgrad und Paris zu geben scheinen, auf's schmerzliche über beide Länder entrüstet. Worte wie „Heuchelei, Sündenfried“ erscheinen in bezug auf die vertragsschließenden Länder in den Spalten der italienischen Zeitungen und man ist besonders auf Frankreich böse, das mit diesem Bündnisvertrag Italiens Bestrebungen nach der Vorherrschaft auf dem Balkan entgegentritt. Wie gereizt die italienische Presse ist, mögen folgende Ausführungen des in Rom erscheinenden Blattes „Lavoro d'Italia“ beweisen. Das Blatt schreibt:

Frankreich flacht Jugoslawien gegen Italien auf, und der jugoslawische Minister des Auswärtigen wird versuchen, mit diesem Vertrag die Opposition glauben zu machen, daß Jugoslawien nicht isoliert sei. Aber Jugoslawien gibt sich Illusionen hin; denn alle seine Bestrebungen, gegen Italien Stimmung zu machen in Triana, Budapest, Sofia und Athen, sind mißlungen, weil diese Mächte eingesehen haben, daß Jugoslawien einen antitalienischen Block gründen will. Der Weg zum Gleichgewicht auf dem Balkan wie an der Donau geht aber und wird immer über Rom gehen. Wer diese Realität, die aus dem italienischen Siege und dem Untergang der habsburgischen Monarchie folgt, ignorieren will, wird nur Enttäuschungen erleben. „Triuma“, die das gleiche Thema bespricht, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich sich seiner Verantwortung als Großmacht bewußt bleiben und daß der gesunde Menschenverstand in Jugoslawien die Oberhand behalten werde.

Lehren aus der deutschen Vergangenheit.

Die Führertagung des Reichslandbundes.

Im Rahmen der Führertagung des Reichslandbundes sprach Professor Dr. Haller-Tübingen über „Lehren aus der deutschen Vergangenheit, insbesondere der Bismarck-Zeit, für den künftigen Ausbau des Reiches“. Er wies nach, daß für Bismarck selbst der Bundesstaat nicht das ursprüngliche Ziel gewesen sei, vielmehr ein Kompromiß zwischen Ideal und Wirklichkeit, zu dem man sich hätte verstehen können, weil das Notwendige auch auf diesem Wege gesichert gewesen sei durch die Hegemonie Preußens, das mit der Macht auch die innere Berechtigung zur Führerrolle besessen habe, da die deutschen Lebensinteressen sich mit den feindlichen deckten. Damit sei Deutschland gewissermaßen zu dem Zustand zurückgekehrt, den es in seinen besten Zeiten besessen hatte, als der König seine Mitfürsten überragte und beherrschte durch seine Hausmacht. Bismarck selbst habe die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung in der Richtung auf größere Einheitlichkeit mehrfach betont, eine Entwicklung, die denn auch durch die Natur der Dinge herbeigeführt worden sei. Durchbrochen sei sie von der Revolution vor neun Jahren, die vor allem den bisherigen preussischen Staat zerstörte. Schon vorher aber sei die preussische Führung unsicher geworden, seien (in Preußen selbst) die alten Traditionen und Einrichtungen erschüttert worden, vor allem die Seele des Staates, das starke regierende Königtum, vor anderen Kräften gewichen.

Wer heute dem Vorbilde Bismarcks folgen wolle, darf nicht an schnelle Rückkehr zu früheren Formen denken, aus denen der Geist entwunden sei. Auch Bismarck hat weder 1848 noch 1866 an Restauration des absoluten Königtums gedacht, nachdem es einmal gefallen war. Das heute notwendig sei zur Festigung des Reichslandes durch Umgestaltung des Verhältnisses von Reich, Preußen und den anderen Ländern, das solle und müsse geschehen, auch wenn es Opfer koste, und gleichviel, wie es sich benenne.